

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neffamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, 31. Juli 1893.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 31. Juli. Der Kaiser war Sonn-
abend in der Frühe nach einer sehr schönen Reise
in Dover eingetroffen und hat sofort die Fahrt
nach Cowes auf der Insel Wight fortgesetzt. Der
Prinz von Wales fuhr an Bord der königl. Yacht
„Osborne“ der „Hohenzollern“ bis einige Meilen
von Spithead entgegen, worauf beide Schiffe nach
Cowes segelten. Sowohl in Portsmouth als auch
bei der Ankunft in Cowes wurde der Königsalut
gegeben.

Ein eingehender Bericht der „Voss. Ztg.“
entnehmen wir noch folgende Einzelheiten über die
Ankunft des Kaisers an der englischen Küste und
in Cowes selbst, sowie über den ihm gewordenen
Empfang. „Der „Hohenzollern“, mit dem Kaiser
an Bord, langte früh 5 Uhr auf der Höhe von
Dover an, wo der Kaiser von dem Vortrakter
Grafen Hagel und dem Personal der deutschen
Botschaft begrüßt wurde, die sich an Bord der
kaiserlichen Yacht begaben. Als die „Hohenzollern“
gegen 11 Uhr Rade passierte, gaben die Kriegsschiffe
auf der Höhe von Spithead Salutsschüsse ab.
Der Prinz von Wales in Uniform eines
Admirals der Flotte, der Herzog von Connaught
und Prinz Heinrich von Battenberg waren dem
Kaiser auf der englischen Königacht „Osborne“
eine Strecke entgegengefahren. Gegen Mittag traf
die „Hohenzollern“ bei glühender Witterung auf
der von buntenwimpelten Yachten und Vergnügungs-
dampfern nebst mehreren englischen und
deutschen Kriegsschiffen gefüllten Höhe von Cowes
ein, wo der Kaiser mit Kanonendonner und
tausenden Schüssen der in den Rufen aufge-
stellten Matrosen und der nach Tausenden zählenden
Zuschauer am Gestade begrüßt wurde. Bei
der Einfahrt in die Höhe stand der Kaiser in
englischer Admiralsuniform auf der Kommandobrücke
der „Hohenzollern“, die neben der gelben
Kaiserflagge den britischen Union Jack entfaltete.
Der Kaiser ist am Nachmittag in Dover ge-
landet, um der Königin in Osborne seinen Besuch
anzukündigen.

Wie bereits mitgeteilt, hat Fürst und
Fürstin Bismarck am Sonnabend früh gegen
9 Uhr Friedr. Schütz verlassen und die Reise nach
Kissingen angetreten; diese Reise ging nicht ohne
entsprechende Kundschaften für den Fürsten auf
den Hauptstationen vorüber. In Hannover
wurde der Altkreiskanzler bei seiner Durchreise
von vielen Tausend begeistert empfangen, an der
Spitze derselben befand sich der Stadtdirektor
Dr. Mann mit den Magistratsmitgliedern. Der
Stadtdirektor Dr. Mann hielt eine kurze Ansprache,
auf welche der Fürst u. A. erwiderte, daß er jetzt,
wo er von der Bühne zurückgetreten sei und sich
im Zuschauerstand befinde, weniger trant als
sonst nach Kissingen reise. Jetzt erlaube er sich
mitunter nur eine Kritik, aber immer eine wohl-
wollende vom nationalen Gesichtspunkte aus,
der seine Politik stets durchgehe. Besonders hob
der Fürst hervor, er habe früher nicht gedacht,
daß ein preussischer Minister und Kanzler so in
Hannover werde aufgenommen werden. Nach einem
Aufenthalt von 20 Minuten setzte sich der Zug
wieder in Bewegung, während die Versammelten
dem Fürsten förmlich zuzubekn und das Lied
„Deutschland, Deutschland über Alles“ anstimmten.
Auch in Eisenach wurde der Fürst am
Bahnhof von Tausenden förmlich begrüßt. Pro-
fessor Stechlein leitete ihn als den Mitbesitzer
des Reiches. Damen überreichten dem Fürsten
Blumen. In Kissingen trafen Fürst und
Fürstin Sonnabend Abend ein und wurden von
der zahlreich versammelten Menschenmenge lebhaft
begrüßt. Die Straßen waren bengalisch beleuchtet.

Gleichzeitig mit der Verkündigung der
preussischen Steuer-Reformgesetze machte die Finanz-
verwaltung das Ergebnis der lex Huene für das
Jahr 1892—93 bekannt. Mit dem Zustande-
kommen der ersten Reformgesetze ist das nach
Herrn von Huene benannte Ueberweisungsge-
setz von 1885 bekanntlich auf den Aussterbe-Etat ge-
bracht. Es wird, nach neunjähriger Wirksamkeit,
sein längst verdientes Ende erleben. Wenn es, so
bemerkte die „Nat.-Ab. Corr.“, noch eines Be-
weises für seine Unzulänglichkeit bedürfte, ist er
durch den Ausweis seiner Wirkung im Jahre
1892—93 erbracht. Die Kreise, denen in Gemä-
heit der lex Huene während der verfloffenen vier
Jahre zusammen reichlich 33 Millionen über den
Boranschlag hinaus überwiesen wurden, erhalten
für das verfloffene Jahr 4 1/2 Millionen weniger,
als ihnen der Boranschlag in Aussicht stellte. In
seinen Jahren, wo ohnehin die Einkünfte reich-
licher fließen, oder doch die Kreisbedürfnisse leichter
aus Steuermitteln zu befriedigen sind, ist also den
Kreisen noch ein reicher Millionenhegen in den
Schoß geworfen worden; und nachdem man hier-
durch die Empfänger zu entsprechend höheren Aus-
gaben angereizt hat, muß man ihnen jetzt, in den
mühsam erarbeiteten Jahren, den Vorstoß auf ein
einmal bedeutend höher hängen; die Summe der
Ueberweisungen rückt von 57 auf 36,77 Millionen
herunter! Daß einer solchen Finanzpolitik endlich
Schranken gesetzt werden, war allerdings höchste Zeit.

Der Zollkrieg zwischen Deutschland und
England ist nun zur That geworden. Der An-
griff Englands ist deutschseits mit der Erhebung
eines Zuschlagssolles von 50 Prozent für die
hauptsächlichsten Einfuhrartikel aus England er-
widert worden. Aus der Dentschschiff, die den Ent-
wurf der Zuschlagserordnung begleitete, ist noch
ein Moment hervorzuheben, das bisher nicht be-
kannt geworden war: das Angebot eines Pro-
visoriums seitens der russischen Regierung, das
bis Ende dieses Jahres dauern und unter Zu-
gehörigkeit des deutschen Konventionaltarifs an
England Deutschland in den Witzgen der Frank-
reich zugehörigen Tarifermäßigungen setzen sollte.
Das Anerbieten ist Mitte Juli erfolgt, also zu
einer Zeit, wo der Reichstag noch beizammen
war. Die deutsche Regierung hat es abgelehnt,
weil sie dem Reichstage im damaligen Stadium
nicht noch eine Vorlage zur Erlangung seiner Zu-
stimmung zu dem Provisorium machen zu kon-
nen glaubte, und weil sie die Frankreich gemach-
ten Konzessionen für zu unbedeutend erachtete, um
sie auch nur provisorisch als ein Äquivalent für
die Gewährung des deutschen Konventionaltarifs
anzusehen. Nur dem letzteren Grunde könnte Be-
deutung beigemessen werden; denn es liegt auf
der Hand, daß sich der Reichstag der Verabreichung
einer auf ein provisorisches Abkommen mit Eng-
land bezüglichen Vorlage nicht rühn habe ent-
ziehen können. Ob er ihm zugestimmt hätte,
das könnte freilich fraglich erscheinen in einem
Reichstage, der zum Teil unter der Parole:
Kein Handelsvertrag mit England! gewühlt wor-

den ist. Mit der Abkündigung des provisorischen
Abkommens aber würden die Verhandlungen für
immer abgethan sein, während jetzt die Mög-
lichkeit besteht, daß schwere Verluste, welche die
russische Landwirtschaft durch die Sperrung des
deutschen Marktes für russisches Getreide erfahren
wird, die russische Regierung zu baldigem Ein-
lenken veranlassen werden.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht
den deutsch-berlinischen Handelsvertrag vom 21.
August v. 3. Derselbe enthält die üblichen Zu-
sicherungen der Behandlung auf dem Fuße der
Meistbegünstigung, der Gleichstellung der Ange-
hörigen der vertragschließenden Staaten im Ge-
werbetriebe, betreffs des Meistbegünstigungs-
schutzes u. s. w. Deutscherseits sind Serbien die
Konventionaltarife für Getreide und der Zoll von
4 Mark für geröstete Bismarck — ein wichti-
ger fester Ausfuhr-Artikel — zugesichert.
Ueber das Inkrafttreten des Vertrages war ur-
sprünglich Folgendes bestimmt:

„Der gegenwärtige Vertrag tritt vom 1.
Januar 1893 ab an Stelle des Handelsvertrages
vom 6. Januar 1883 und wird bis zum 31.
Dezember 1903 in Geltung bleiben. Falls keiner
der vertragschließenden Theile zwölf Monate vor
Ablauf der bezeichneten Periode seine Absicht, die
Bedingungen des Vertrages aufzuheben zu lassen,
kundgegeben haben wird, wird derselbe bis zum
Ablauf eines Jahres, vom Tage, wo einer oder
der andere der vertragschließenden Theile ihn ge-
kündigt haben wird, in Kraft bleiben.“

Hierzu ist unterm 24. Juni 1893 zu Berlin
zwischen dem Unterstaatssekretär Freiherrn von
Rosenhan und dem serbischen Gesandten Ivan
Karlovič nachstehende Erklärung vereinbart
worden:

„An Abänderung der Bestimmung in Artikel
11 des am 21./9. August 1892 zu Wien unter-
zeichneten Handels- und Zollvertrages zwischen
dem deutschen Reich und Serbien haben die
Unterzeichneten im Namen ihrer Regierungen
Folgendes vereinbart: Die Festsetzung des Ter-
mins für das Inkrafttreten des Handels- und
Zollvertrages vom 21./9. August 1892 wird der
Vereinbarung der beiderseitigen Regierungen vor-
behalten. Gegenwärtig soll zugleich
mit dem Vertrage vom 21./9. August 1892
ratifiziert werden.“

Inhaltlich war dies Alles schon bekannt. Dem
Aussehen nach erfolgt die Veröffentlichung als
Erwidern auf von der „Kreuzztg.“ abermals
aufgestellte Behauptungen, wonach in Folge einer
vereinbarten „Kooperation“ mit Österreich-Ungarn
beim Abschluss von Handelsverträgen, u. A. mit
Serbien, Deutschland in Nachtheil gekommen sei.
Diese, jetzt unbestimmte von dem genannten
Blatte wiederholte Behauptung ist, als es sie
vor einigen Wochen genauer formuliert, damals
offiziell wie folgt widerlegt worden:

„Was Serbien betrifft, so meint die
„Kreuzztg.“, Deutschland habe seinen Vertrag in
der entgegenkommendsten Weise bereits Ende Mai
1892 abgeschlossen und sei noch nicht in den Ge-
nuß der Vortheile desselben gelangt, während
Österreich-Ungarn viel später abgeschlossen habe
und die Vortheile schon genosse. So viel Worte,
so viel Unrichtigkeiten. Nicht Deutschland, son-
dern Österreich-Ungarn ist mit den Verhand-
lungen und mit dem Abschluss des Vertrages
vorangegangen — der deutsch-serbische Vertrag
datirt vom 21. August, der österreichisch-serbische
vom 8. August v. J. und obwohl Deutschland seinen
Vertrag noch nicht ratifiziert hat und auf die
Einfuhr aus Serbien noch seinen Generaltarif,
also auch die höheren Getreidezölle anwendet, hat
Serbien sofort provisorisch die Vortheile des neuen
Vertrages auch Deutschland eingeräumt. Deutsch-
land gesteht in Serbien die volle Gleichstellung
mit Österreich-Ungarn, dessen frühere Sonder-
begünstigungen für wichtige Industrieartikel fort-
gefallen sind.“

Man wird sich der Beschwerden erinnern
über die Beschädigung von Emder Herings-
Loggen durch englische Fischer. Wie die „Mitte“,
der Section für Küsten- und Hochseefischerei nun-
mehr aus zuverlässiger Quelle erfahren, haben
Verhandlungen des Reiches mit den englischen
Behörden zu dem Resultat geführt, daß wegen
Beschädigung des Emder Heringsloggers „Fürst
von Bismarck“ durch den englischen Fischdampfer
„Goldschnecke“ nach dem Urtheil des Polizeigerichts
zu Hull vom 19. Januar v. J. der Emder
Heringsfischerei-Gesellschaft eine Entschädigung
zugesprochen und im Betrage von 1632 Mark
bezüglicht worden ist.

Das „Deutsche Kolonialblatt“ hatte in
seiner Ausgabe vom 15. Juli gemeldet, daß der
kaiserliche Kommissar für Togo, J. v. Puttkamer,
nach Wiederherstellung von einer Erkrankung eine
Erholungsreise nach Teneriffa antreten habe.
Dort ist er, dem Vernehmen nach, von Neuem in
höherem Grade erkrankt, so daß er die Heimreise
nach Deutschland antreten mußte. Seine Ankunft
wird in diesen Tagen schon erwartet. Herr von
Puttkamer wurde im Dezember 1891 zum Kom-
missar von Togo ernannt, nachdem er diesen Posten
schon früher längere Zeit stellvertretend verwaltet
hatte. Er wurde dann noch im Auswärtigen
Amte beschäftigt und reiste Juni 1892 auf seinen
Posten ab. Er übernahm die Verwaltung bei
seiner Ankunft in Klein-Popo am 26. Juni,
hat sie also genau ein Jahr geführt. Kom-
missar v. Puttkamer ist zugleich Konsul für die
britischen Besitzungen von der Kolonie Sierra
Leone bis Togo.

Münster, 28. Juli. Freiherr v. Schorlemer-
Aust u. A. fordern durch Rundschreiben zum Bei-
tritt zu einer bereits gegründeten Allienzgesellschaft
(100 000 Mark auf Hundert Aktien von je 1000
Mark) auf, deren Zweck ist, den Interessen der
produktiven Stände, insbesondere auch der Land-
wirtschaft, eine angemessene Vertretung entweder
durch Anschluß an bestehende Zeitungen oder
durch Gründung einer neuen Zeitung zu ver-
schaffen, im letzteren Falle unter strenger Fest-
haltung und auf dem Boden der alten bewährten
Grundsätze der Zentrumsparthei bezüglich der reli-
giös-politischen und christlich-sozialen Fragen. Die
westfälische Zentrumsparthei ist von diesen Vor-
gehen des Freiherrn v. Schorlemer-Aust wenig
erbaut.

Aus Würtemberg, 29. Juli. Man schreibt
aus nationalen Kreisen: Auch unsere rothe und
schwarze Oppositionspresse lebt jetzt vor allem
davon, daß sie, nachdem sie die erste und Haupt-
sache mit der Heeresvorlage zu ihrem Grimm
verloren hat, das Spiel aus der Wahlzeit fortsetzt
und die Wähler damit grüselig zu machen sucht,
daß sie ihnen einredet, der kleine Mann werde nun

vollends durch Steuern erdrückt werden. Um
diesen Vorpiegelungen Glauben zu erringen,
müssen natürlich alle etwa in Betracht kommen-
den gerechten Steuern irgendwie angehörsch-
werden, sodaß es schließlich aussieht, als gäbe es
gar keinen Ausweg als die Belastung der Massen.
Aus diesem Grunde wird die Wehrsteuer, die im
Süden in nationalen Kreisen und weit darüber
hinaus sehr volkstümlich ist, jetzt so lange gedreht
und gewendet, bis sie wie eine „Krippelsteuer“
aussehen soll. Wir möchten zur Kennzeichnung
dieser Fehdtart nur daran erinnern, daß im Jahre
1870 einige württembergische Studenten nicht aus-
rücken konnten, weil sie Schüsse an der Stirn
hatten, die durch das Tragen der Kopfbedeckung ge-
rieben und entzündlich wurden. Diese Leute be-
finden sich heute zum Theil in glänzender Er-
werbsstellung: kann man sie etwa als Krippel
bezeichnen? Unsere volksparteilichen Führer alle,
die Payer, Haackmann I. und II., Schölder,
Kapp, haben wegen leichter körperlicher Fehler
nicht gebiet, würden also in Zukunft wehrseuer-
pflichtig sein, sie werden aber deshalb doch von
niemandem als Krippel angesehen werden und
werden wollen. Im gleichem Fall aber befinden
sich Tausende und Abertausende, und weshalb wir
eine so gerechtfertigte Steuer, die nach schweizeri-
chem Maßstabe 34 Millionen abwerfen könnte,
hinauslassen“ sollen, das sieht man hierzulande
nicht ein, sodaß alle Liebesmühe der Oppositions-
blätter verloren ist.

Entwurf, 28. Juli. Die „Allg. Ztg.“
meldet: Seit Jahr und Tag haben sich auf dem
Gebiet der Arbeitsvermittlung Mißstände ergeben,
die bei dem Stadtrat von Stuttgart nunmehr
den Plan zur Reife gebracht haben, auf Kosten
der Stadt ein Arbeitsamt ins Leben zu rufen.
Man hat erkannt, daß beim gegenwärtigen Um-
schauen nach Arbeit die Gefahr darin liegt, daß
dasselbe zum Bettel und Strolchthum führt und
eine Belastung der Arbeitgeber mit sich bringt.
Bei den privaten Vermittlungsanstalten sind die
Arbeiter sehr oft einer Ausbeutung ausgesetzt,
die zuweilen ins Maßlose geht. Es ist nun beab-
sichtigt, ein Arbeitsamt mit einer männlichen und einer
weiblichen Abteilung unter der Aufsicht und Lei-
tung einer Kommission von 15 Mitgliedern zu er-
richten. Den Vorsitz hat der Gewerbebericht.
Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich.
Die Betriebskosten werden etwa 5000 Mark jähr-
lich betragen. Es handelt sich in Stuttgart,
gegenwärtig um 74 000 Arbeitsstellen (44 000 für
männliche und 30 000 für weibliche Arbeitskräfte),
die jährlich neu besetzt werden. Nach Einrichtung
des Arbeitsamtes wird jeder Arbeitsuchende an
dasselbe verwiesen, welches ihm unentgeltlich eine
Stelle vermittelt. Wenn keine Arbeit vorhanden,
so wird einer Anzahl von Leuten von der Stadt
Beschäftigung gegeben. Erst wenn auch die
ständigen Arbeiter keine Arbeit mehr
haben, tritt eine Unterstützung seitens der Armen-
behörde zu ein.

Strasbourg, 29. Juli. Ueber die Empfangs-
feierlichkeiten beim Besuch des Kaisers in Strassburg
verlautet folgendes. Der Kaiser langte am
3. September um 10 Uhr 45 Minuten, mit dem
Hofzug von Erix kommend, auf dem kleinen
Bahnhof in Devant-les-Bains bei Weg an. Von
dort begibt sich der kaiserliche Zug nach dem
Wegers Hauptbahnhof, der Kaiser nebst Gefolge
aber zu Wagen nach dem neuen Erzerplatz vor
dem französischen Thore, wo ein Feldgottesdienst
abgehalten wird. Nach dessen Beendigung erfolgt
der feierliche Einzug in die Stadt. Die städtische
Vertretung hat für diesen Empfang einen Kredit
von 30 000 Mark bewilligt und außerdem dem
Kaiser und seinen Gästen ein Frühstück im Stadt-
hause angeboten. Ueber die Annahme ist Ent-
scheidung noch nicht erfolgt. Im Falle der Ab-
lehnung begibt sich der Kaiser nebst kleinem Ge-
folge gleich nach dem feierlichen Einzug nach dem
großen Bahnhof und fährt nach Ulville. Dort
findet großer Empfang statt. Sämtliche
Staats- und Gemeindebehörden sowie sämtliche
Schulen Vorhingen werden Vertreter senden.
Am Morgen des 4. September kommt der Kaiser
zu Wagen von Ulville wieder in die Stadt und
läßt sich die Militär- und Zivilbehörden vor-
stellen. Hieran schließt sich das erste Kaisermahl
im Allgemeinen Militär-Kasino — ein zweites
findet später im Bezirkspräsidium statt — und
Abends folgt dann feierliche Beleuchtung der Stadt
und großer Zapfenstreich. Zu diesem fin-
samtliche Musikkapellen des 16. Armeekorps
kommandirt. Abends feiert der Kaiser nach Ul-
ville zurück und am 5. September beginnen die
großen Manöver.

Belgien.

*** * Brüssel, 28. Juli.** Die Thünen bereits
bekannte Nachricht von der Nothwendigkeit einer
Räumung der belgischen Forste der Waas hat mit
einer ungläublichen Raschheit die Kunde in der
Presse gemacht, und als das offenbar offiziöse
Dementi kam, da war es schon zu spät und die
Nachricht hatte nicht verfehlt, überall solches
Ansehen zu erregen. Nachdem die Frage einmal
angeführt und der Kopf einmal aufgedeckt war,
beruhigte sich natürlich weder die Presse, noch das
Publikum mit dem einfachen offiziellen Dementi,
welches die behaupteten Thatfachen einfach in Ab-
rede stellte. Man forschte der Sache weiter nach
und fand, daß jenes erste Gerücht von der Räu-
mung der Forste in Folge unzulänglicher gesund-
heitlicher Verhältnisse allerdings angekau war;
dagegen erwiesen sich die Behauptungen über die
sanitären Zustände in den Forsten allerdings
voll begründet.

Die liberale Brüsseler „Gazette“ veröffentlicht
hierüber folgende Darstellung:
„Was Anlaß zu dem Gerücht geben konnte,
daß eine Evakuierung der Waasbesitzungen not-
wendig geworden sei, war jedenfalls: der kirchliche
Besuch der Forste durch die Generale Einart und
Beauregard. Dieser Besuch hatte aber durchaus
keinen außerordentlichen Charakter, denn er findet
alljährlich um diese Zeit statt. Nicht zu leugnende
Thatsache ist dagegen, daß die Wohnungen der
Soldaten in den Forsten die Gesundheit derselben
geradezu ruinirt. Die einzelnen Zimmer sind,
obwohl in der Höhe des Erdbodens liegend, mit
einem Hundert Kubikmetern v. Beton oder ge-
stämpfter Erde bedeckt, so daß sie eine große Un-
gesundheit mit sich führen können. Die Luft
wird diesen Räumen durch ganz schmale und
hochgelegene Fensterchen zugeführt. Die aus Beton
gestellten Mauern sind stets feucht; nur im
Winter während großer Kälte sind sie ganz trocken.
Um diese Feuchtigkeit wirksam zu bekämpfen, zün-
den die Soldaten fortwährend Feuer an; wäh-
rend der großen Trockenperiode dieses Som-
mers waren die Feste in den Soldatenwohnungen
oft weiß glühend. Der einzige Ausgleich gegen
diese, gegen die primitivsten Gesundheitsregeln ver-
stoßenden Verhältnisse ist die freie gute Landluft,
welche die Soldaten nach Möglichkeit mit der
Moderluft ihrer Wohnungen vertauschen. Warum
— so fährt der Gewährsmann der „Gazette“
fort — zwingt man die Mannschaften in Friedens-
zeiten, in solchen Kasetten ihr Leben zuzubrin-
gen? Warum verwendet die Regierung nicht die
Glace oder leeres Terrain zu Soldatenwohnun-
gen? Warum baut man nicht einige Häuser aus
Eisen, die in Kriegzeiten rasch niedergelegt wer-
den können? Zwei Forste sind in allererster
Reihe wahre mörderische Orte für die Gesundheit
der Soldaten, nämlich Gemoisy und Heron, und
dabei liegt letzteres doch auf einem Hügel.
In den übrigen Forsten ist die Situation nicht viel
besser.“

Brüssel, 28. Juli. Noch ist die Ver-
fassungsreform nicht im Ede, noch bleibt zu
bestimmen, welche Belgier Mitglied des Ober-
hauses werden sollen, und schon wirft die Wahl-
ordnung ihre Schlag Schatten voraus. Es liegt
nämlich in der Pflicht der meisten Politiker, das
allgemeine Wahlrecht mit dem Mehrstimmrecht
auf die Gemeindevahlen, vielleicht auch auf die
Provinzialwahlen auszudehnen, und da nach allem
Vorkommen alles, was auf die Wahlen Bezug
hat, dem Belgier zu Herzen geht, so müssen alle
Einzelheiten des Wahlrechtes ganz genau ausge-
telt werden. Ist die Kammer dann glücklich am
Ende ihrer Aufgabe, so bleiben die der
Schätzung nach 1 200 000 Namen umfassen-
den Wählerlisten aufzustellen, unter Einhaltung von
gewissen Fristen für Beschwerden. Das alles
wird sehr bureaukratisch vor sich gehen, und erst
dann können die Neuwahlen für die Kammern
nur mit genauer Noth im Juni nächsten Jahres
stattfinden, d. i. zur vorgeschriebenen Zeit. In der
heutigen Kammeritzung erlangte der Abg. Vigh
sich nach den nähere Umstände der Regierung.
Warten wir erst die Erledigung des Verfassungs-
werkes ab, antwortete der Minister des
Inneren; die Regierung glaubt kaum, daß
die Verkündigung der neuen Paragraphen
vor dem 20. August stattfinden kann. Der
Minister empfahl eine außerordentliche Tagung
im Oktober d. J., worauf die neue Wahlordnung
noch im Januar erlassen werden könnte. Aus
dem Hause heraus wurden indes Stimmen für
eine Fortsetzung der jetzigen Tagung in den Sep-
tember hinein laut. Die Regierung möge immer-
hin die beiden ersten Bücher der Wahlordnung
ausarbeiten, die nur, formellen Inhalts, gegen
Ende August vorgelegt werden könnten. Auch der
Abg. Woeffe plüdierte diesen Ansichten bei, und
die Regierung erklärte sich bereit, die beiden ersten
Bücher alsbald nach der vollzogenen Verfassungs-
änderung vorzulegen. Der Abg. Woeffe freilich
hält die Aenderung der Wahlordnung nicht für
dringlich, soweit sie die Provinzialabtheilungen be-
trifft, im Gegensatz zu zahlreichen Abgeordneten, die der
Meinung sind, grade die Gantage dürfen nicht
mehr auf der Grundlage des 20. Französisch-
gebildet werden, nachdem ihnen das Recht zuer-
kannt worden, eine Anzahl Senatoren des Reichs
zu ernennen und nachdem für die von der Bürger-
schaft unmittelbar vorzunehmenden Senatswahlen
der aktive Zensus endgültig abgeschafft worden
sei. Im Laufe der Besprechung wurde auch gel-
tend gemacht, daß die Kammer nicht wohl einem
Gesetze zustimmen könne, das ihr eigenes Dasein
in unregelmäßiger Weise verlängert. Das Haus
hat mit dem heutigen Entschluß wieder einiges
gut gemacht, was es durch die faumliche Be-
handlung der Verfassung verdorben hat. Aber
warten wir ab. Bei Artikel 57 — keine
Entscheidung für die Senatsmitglieder, wie bisher
— hat die Kammer gestern in der Verfassungs-
beratung einen Zusatz angenommen, der den
Mitgliedern des Oberhauses unter denselben
Bedingungen wie den Abgeordneten freie Eisen-
bahnfahrt auf allen Staats- und gegebenenfalls
auf Privatbahnen gewährt.

Frankreich.

Paris, 29. Juli. Einige Einzelheiten über
die Telegraphenverbindung zwischen Paris und
Bangkok werden im Augenblick interessiren. Ge-
wöhnlich geht die Depesche nach Marseille, wird
dort von englischen Händen, von der Eastern tele-
graph Company, nach Ben und von dort nach
Bombay befördert, durchquert dann, durch die
Vermittelung anderer englischer Gesellschaften,
Indien und den bengalischen Meerbusen. Ebenso
wie die für China, Cochinchina, Annam und Ton-
kin bestimmten Telegramme, können auch die nach
Siam gerichteten von Indien aus, sei es zu
Lande, an ihre Bestimmung gelangen. Letzterer
Drath geht von Bombay über Kalkutta und Mus-
men. Eine andere Linie, weit länger, aber für
den Fall von Bedeutung, daß es zu einem Kon-
flikt mit England käme, ist die sogenannte
„russische“; sie geht von Calais per Kabel nach
Dänemark (so Deutschland vermeidend), von dort
nach Rußland. Die Landlinie dagegen durch-
schneidet über Berlin ganz Deutschland und ganz
Rußland bis nach Vladivostok. Die russische
Linie hat einen Uebelstand: sie ist länger und
darum weit theurer. Jedes Wort kostet dort
12 Franz 50 Centimes, über Marseille dagegen
nur 5 Franz. Die Antwort der siamesischen
Regierung auf das französische Ultimatum ent-
hielt 800 Worte. Man ersieht hieraus, daß die
Geldfrage hier schließlich auch mißspielt, selbst für
Staaten, deren Finanzen besser geordnet sind, als
diejenigen Siams.

Paris, 29. Juli. Den Blättern ist eine
Mittheilung der Regierung zugegangen, die sagt,
zur Regelung des Streites mit Siam würden
heute oder morgen wichtige Nachrichten erwartet.
Nach den letzten Mittheilungen aus Bangkok
hätten die kriegerischen Vorbereitungen auf die
siamesische Regierung großen Eindruck gemacht
und sie sei jetzt geneigt, den Forderungen Frank-
reichs zuzustimmen. Auch wolle sie durch zwei
weilige Gebietsabtretungen die Vörschaft leisten,
die bis zur Zahlung der Geldentschädigung ver-
langt worden sei. Sollte wider Erwarten trotz-
dem nicht die erwünschte Lösung erzielt werden,
so werde die jetzt allen Mächten angezeigte Blokade
am Montag beginnen. Ueber diesen plötzlichen
Wechsel der Lage wird aus Bangkok hierbei ge-
meldet: Gestern Abend bei einem Rath im könig-
lichen Palaste, an dem die Brüder des Königs
und die Minister theilnahmen, habe die Friedens-
parthei den Sieg davongetragen. Dem Gesandten
Siams in Paris sei alsdann telegraphisch be-
-

Befehl übermittelt worden, das Ultimatum Frank-
reichs bedingungslos anzunehmen, und der Ge-
sandte Englands in Bangkok wurde sofort von
diesem Entschlusse in Kenntniß gesetzt. Fast
sämmliche fremdländische Schiffe seien bereits ab-
gegangen, um am Montag außerhalb der Blokade-
linien zu sein. Der Minister Delle hat heute
Morgen Unterredungen mit dem siamesischen Ver-
treter und mit Lord Dufferin gehabt. Heute
Nachmittag trat ein Ministerath unter Vorsitz
Dupuyss zusammen, da jedoch mehrere Minister
abwesend waren, so wurde beschossen, sie tele-
graphisch zurückzuberufen und die Entscheidung bis
morgen Nachmittag zu verschieben, wo ein
Ministerath unter dem Vorsitz Carnots in Marly
stattfinden soll. (Der Entschluß Siams ist klar,
denn es ist wahrscheinlich das einzige Mittel, die
Unabhängigkeit des Königreichs noch eine Zeitlang
zu sichern. Es ist aber zugleich ein gefährlicher
politischer Schachzug, indem es mit Frankreich
kläglich Tisch macht und die Republik wegen der
von ihr geforderten Gebietsabtretungen am obern
Meerung nunmehr mit England und China ab-
rechnen läßt.)

Paris, 29. Juli. Der siamesische Gesandte
bestätigte heute Vormittag in der Unterredung
mit dem Minister Delle, daß Siam alle Be-
dingungen des französischen Ultimatus ange-
nommen habe.

Paris, 30. Juli. Alle Morgenblätter
sprechen ihre Freude aus über den Sieg, den die
französische Diplomatie in der siamesischen Frage
davongetragen habe, und rühmen die energische
Haltung und die Geschicklichkeit des Ministers des
Auswärtigen, Delle. Der „Soleil“ konstatirt,
daß Siam vollständig kapitulirt habe. Einige
Blätter sehen darin eine Niederlage der englischen
Politik und fordern die Regierung auf, für Wirt-
schaften der ungeschmälerten Ausführung der Be-
dingungen des Ultimatus zu sorgen.

Italien.

Rom, 29. Juli. Der Kriegsminister hat
die Verchiebung der auf den 1. August anbe-
raumten Waffenübung der Territorialarmee an
der Westgrenze angeordnet, damit jede Verührung
mit den durch die Cholera infizierten Ortschaften
jenseits der Alpen vermieden werde. Dagegen
wird die Einberufung zu den großen Manövern
in Piemont aufrecht erhalten.

Spanien und Portugal.

Madrid, 28. Juli. Die königliche Familie
ist bei ihrer diesmaligen Ankunft in San Se-
bastian von der Bevölkerung mit dem gleichen
Enthusiasmus begrüßt worden, wie in den ver-
gangenen Jahren. Die Königin-Regentin Marie
Christine empfing alsbald nach ihrem Eintreffen
in dem neuen Palais „Miramar“ eine Anzahl
von Vertretern der verschiedenen Körperschaften
der Provinz. Die weiteren offiziellen Empfänge
im Palais sind auf Wunsch der Königin, die
gegenwärtig durch Hofangelegenheiten sehr in An-
spruch genommen ist, verschoben worden. Aus
Anlaß ihres Geburtstages hat die Königin-
Regentin am 21. d. M. außerordentlich zahlreiche
Begrüßungswünsche-Telegramme aus allen Thei-
len des Landes erhalten. Auch aus dem Aus-
lande gingen der hohen Frau viele Glückwünsche
zu, die ersten unter denselben waren diejenigen
der europäischen Souveräne. Die Königin-Regentin
hat anläßlich ihres Geburtstages einen zum Tode
verurtheilten Verbrecher in Santanar begnadigt.
Der kleine König Alfonso XII. erfreut sich eines
vortrefflichen Befindens. Nächsten Montag wird
anläßlich des Namensfestes der Königin-Regentin
die Infantin Isabella nach San Sebastian kom-
men, um daselbst ungefähr acht Tage zu ver-
weilen. Am 22. d. M. hat im Rathhause von
San Sebastian ein großer allgemeiner Empfang
stattgefunden, bei welchem zahlreiche Abordnungen,
die Beamtenschaft, die Geistlichkeit, die in San
Sebastian weilenden Mitglieder der spanischen
Aristokratie u. s. w. vor der Königin-Regentin und
dem König verbeistanden. Mit dem Eintreffen
des königlichen Hofes in San Sebastian hat die
Saison in diesem immer mehr aufblühenden See-
bade ihren Höhepunkt erreicht.

Großbritannien und Irland.

London, 28. Juli. Das Urtheil des Kriegs-
gerichts über den Untergang der „Victoria“ lautet
wie folgt:
„Der Gerichtshof findet, daß der Verlust der
„Victoria“ durch einen Zusammenstoß mit der
„Camperdown“ verursacht ward und mit Be-
bauern und Trauer stellt der Gerichtshof ferner
fest, daß dieser Zusammenstoß die Folge eines
Befehles war, den der damalige Oberbefehl-
haber der beiden Abtheilungen des Geschwaders
gab. Zweiteinst erkennt der Gerichtshof, daß nach
dem Zusammenstoße, sowohl an Bord der
„Victoria“ wie auf den übrigen Schiffen alles
Mögliche gethan wurde zur Rettung von Men-
schenleben und zur Rettung der „Victoria“, und der
Gerichtshof ist der Meinung, daß der von dem
verstorbenen Vizeadmiral Trvon gegebene Befehl,
die Boote nicht abzugeben, sondern sie in Bereit-
schaft zu halten, unter den obwaltenden Umständen
ein weiser war. Drittens findet der Gerichtshof,
daß dem Kapitän Burke und den übrigen
Offizieren, und Mannschaften der „Victoria“
betreffs des Untergangs des Schiffes kein Tadel
beizumessen sei, und spricht sie, dementsprechend,
frei. Der Gerichtshof wünscht seine Ansicht
fundamentum, daß die auf der „Victoria“ be-
obachtete Mannszucht und Ordnung allen im
höchsten Grade zur Empfehlung gereichte. Viertens
samt sich der Gerichtshof nicht verhehlen, daß,
wenn es auch bedauerlich sei, daß Kontrabandier
Marshall nicht seine erste Absicht ausführte, und
dem Oberbefehlshaber seine Zweifel ob des Signals
zulegte, so doch für die Interessen des Dienstes
verhältnißmäßig sein würde, wenn man ihn
wegen der Ausführung der Anordnungen seines in
Berlin anwesenden Oberbefehlshabers tadeln wollte.
Fünftens hat der Gerichtshof betreffs der Abschlüsse
der wasserfesten Verschlageschloßer auf der „Victoria“
alle Zeugenaussagen im Protokoll zusammengestellt;
aber er fühlt sich weder berufen, noch zuständig,
eine Meinung betreffs der Ursachen des Untergangs
der „Victoria“ auszusprechen.“
Nachdem der Militär-Richter das Urtheil
verlesen, nahm der Präsident den Degen des
Hauptanwältigen Kapitäns Burke, der, dem
Befehle gemäß, während der Verhandlungen auf
dem Tische gelegen, und Vändigte ihm denselben
mit den Worten ein: „Kapitän Burke, es freut
mich, Ihnen Ihr Schwert zurückstellen zu können.
Der Gerichtshof ist aufgeklärt.“

weisen für sich in Anspruch nimmt. Von den
Illustrationen sollen besonders auf ein vorzügliches
Vorrama der Berge um Innsbruck und die Re-
stitution einer humoristischen Handzeichnung,
welcher Moriz v. Schwind sich selbst im be-
stigen Zusammensein mit dem Dichter Eduard
Jauernfeld verewigt hat.

Schutzmittel.
Special-Preisliste versendet in geschloss. Couvert
an die Firma gegen Einsendung von 20 S. in Marken
W. H. Mielek, Frankfurt a./M.